

BUND: „Move 35“-Projekte sind „absolutes Minimum“



Umweltschützer fordern von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zügiges Umsetzen der einzelnen Projekte

Von Gianfranco Fain
12.09.2023, 00:00 Uhr

 Artikel anhören

Marburg.

Am 8. August stand in einem Artikel der OP, es sei auffällig, dass eher wenige außerhalb der Stadt-Regierung und der oppositionellen Linken für die Verkehrsreform in Marburg eintraten. „So gab es etwa noch keine öffentlichkeitswirksamen Pro-Move-Aktivitäten von ‚Fridays for future‘, ‚Letzter Generation‘ oder anderen sonst sehr umtriebigen Aktivistengruppen.“ Einzig die BI Verkehrswende und das Marburger Klimabündnis forderten eine Konzept-Umsetzung.

Dazu verschickte der BUND-Ortsverband Marburg am 7. September eine von Ingmar Kirck unterzeichnete Stellungnahme an die OP. Darin heißt es, die OP habe offenbar kein realistisches Verständnis von der „Aktivistenszene“ und unterschätze damit die Breite der Unterstützung ganz massiv. Der BUND verstehe sich als Teil des Zusammenschlusses

vieler Marburger Klimainitiativen wie „Attac“, „Greenpeace“, „Naturfreunde“ und „MakeDamageVisible“.

Autogerechte Stadt als Ideologie alter Seilschaften

Dieses Bündnis fordere das zügige Umsetzen von „Move 35“ und betrachte die Punkte des Verkehrskonzepts „als das absolute Minimum dessen, was passieren muss“, damit Marburg bis 2030 mit dem Verkehrssektor dem Ziel der Klimaneutralität näher komme.

Über den Ausgang des Bürgerbegehrens sei man kaum besorgt, „weil wir die Ideologie der autogerechten Stadt nur noch in den alten Seilschaften sehen, die ihren Profit aus schädlichen Aktivitäten ziehen oder sich einreden lassen, ihre Existenz hinge davon ab“. Vielmehr sei ein Grund zur Sorge, dass „Unterschriften mit bewusst falschen Aussagen eingeworben werden“.

Ein weiterer Grund zur Sorge sei der Missbrauch dieses Projekts im Wahlkampf. Alle Fraktionen des Stadtparlaments hätten an der „Move35“- AG teilgenommen und seien dadurch gut informiert. Dies schließe die gespielte Überraschung praktisch aus. Stattdessen fielen den Initiatoren des Bürgerbegehrens nur Rezepte aus der Mottenkiste ein – „noch mehr Straßen, die noch mehr Verkehr erzeugen würden und aus Klimaschutzsicht kontraproduktiv wären“.

Die „Absurdität des Bürgerbegehrens“ zeige sich schon im Fordern einer Neuentwicklung auf Basis des von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Zielsystems. Dieses beinhalte aber ausdrücklich das Reduzieren des Autoverkehrs um die Hälfte. Es sei also „schleierhaft“, warum eine Neuentwicklung den von den Betreibern propagierten „diabolischen Kulturkampf gegen das Auto“ beenden würde. Der BUND wertet das Bürgerbegehren als Verzögerungstaktik und durchsichtiges Wahlkampfmanöver der beteiligten Parteien.